HEUTE NEUER ROMAN!

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jede Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 249 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 24. Oktober 1933

Preise, Löhne und Nutzen.

Wiederholt sind in den letzten Tagen amtlicherseits Warnungen vor Preissteigerungen erfolgt, und besonders der Reichswirtschaftsminister hat vor kurzem eindringlichst darauf hingewiesen, daß solche Preissteigerungen auf dem Inlandsmarkt unterbleiben müßten, um nicht die Maßnahmen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung und die mit ihr angestrebte Wirtschaftsbelebung zu gefährden. „In einer Zeit außergewöhnlicher Wirtschaftsverhältnisse muß erwartet werden, daß sich jeder mit einem Nutzen begnügt, der an der unteren Grenze der Wirtschaftlichkeit liegt", hatte der Reichswirtschaftsminister verlangt, und er will durch diesen Hinweis auf das Außergewöhnliche dieser Wirtschaftsverhältnisse vor allem einer Preisentwicklung nach oben entgegenwirken, die an sich erfahrungsgemäß immer mit einer Konjunkturbelebung verknüpft ist. Aber eine nach oben gerichtete Preistendenz kann und wird sich nur dann verwirklichen lassen, wenn eine starke und schnelle Steigerung der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur eintritt, die dann ein vermehrtes Einkommen, eine größere Nachfrage und, im ganzen gesehen, eine Steigerung der Massenkaufkraft ganz von selbst erzeugt.

Es wäre also falsch, den umgekehrten Weg gehen zu wollen, nämlich erst die Preise zu heben und sich daraus eine Konjunktur entwickeln lassen zu wollen. Daß vielfach ein geradezu erbitterter und völlig ungeregelter Konkurrenzkampf zu Preissenkungen geführt hat, die die Selbstkostengrenze nicht bloß streifen, sondern noch unter sie heruntergehen, ist bekannt und wurde in letzter Zeit oft als eine — an sich nicht unrichtige — Begründung für Preissteigerungen herangezogen. Die Reichsregierung verlangt aber mit gleicher Berechtigung, daß hier nicht, und zwar wirklich nicht über eine Grenze hinausgegangen wird, die davon abhängt, den betreffenden Wirtschaftszweig nicht zu gefährden, also sozusagen durch das „Existenzminimum" des betreffenden Teiles der Wirtschaft bestimmt wird. Das liegt übrigens heute im ureigensten Interesse ebenso der Erzeugung wie des Handels selbst. Denn die mit der Wirtschaftsbelebung, mit der Rückführung von fast zweieinhalb Millionen Erwerbsloser in den Arbeitsprozeß und damit zu Lohn und Brot eintretende Vermehrung der Massenkaufkraft ging in die Breite, aber nicht in die Höhe, soweit es sich hier um den reinen Konsumenten, also die Massen der Arbeiter und Angestellten, handelt; denn gleichzeitig mit jener Warnung vor Preissteigerungen erfolgte eine Verlautbarung z. B. des Treuhänders der Arbeit für Brandenburg, daß Lohntarife grundsätzlich nur dann geändert, also erhöht werden sollen, wenn sich das Weiterbestehen der alten Tarife wirtschaftlich und sozial nicht mehr vertreten lasse. Auch aus dieser Bestimmung geht der klare Wille hervor, die Ankurbelung und Belebung der Wirtschaft zu einer Vermehrung der Beschäftigtenzahl, also quantitativ auszunutzen, nicht aber zu einer Einkommenssteigerung der schon Beschäftigten. Dieses Bestreben der Regierung, das Lohnniveau stabil zu halten, wird nicht erleichtert durch eine Tendenz, die die Preise nach oben treiben will!

Zu einer solchen „Tendenz", also einer allgemeinen Richtung, können sich aber Preissteigerungen auch schon eines Teiles der Wirtschaft entwickeln und auswirken, weil sie von Einfluß sind auf die Selbstkosten anderer Wirtschaftskreise. Man darf hier z. B. an die lauten Klagen des Reichsstandes für das Handwerk und für den Handel erinnern, daß ihnen die Preissteigerungen bei den Materialien und Fabrikaten der Erzeuger schwere wirtschaftliche Sorgen bereiten und die Hereinnahme von Aufträgen gefährden. Die Wirtschaftsbelebung und das Anwachsen der Massenkaufkraft ist außerdem noch längst nicht so stark, daß es dem Erzeuger oder dem Handel möglich sein könnte, jahrelange Verluste nun etwa gar durch Preiserhöhungen wieder hereinholen zu wollen! Ein derartiges Streben, das in der Marktlage keinerlei Stütze hat, würde vielmehr nur zu einer Gefährdung der Konjunktur führen.

Vor einigen Tagen hat auch der Wirtschaftsbeauftragte des Reichskanzlers darauf hingewiesen, die Güterverteilung erfolge heute in vielen Fällen mit größerer Handelsspanne, — und trotzdem hätten viele Händler keine auskömmliche Existenz! Die Ursache dafür liegt in der Überfüllung im Handel und dem dadurch bedingten allzu geringen Umsatz der einzelnen Geschäfte. Allerdings ist — und das muß hier noch hinzugefügt werden — für die etwaige Vergrößerung der Handelsspanne auch noch ein weiterer Grund vorhanden: Die seit der Vorkriegszeit in beträchtlichem Umfange erfolgte Steigerung der „fixen Kosten" beim Handel durch Erhöhung der Steuern, Abgaben, Gebühren, Tarife usw. Ihnen auszuweichen, also sie auf den Konsumenten abzuwälzen, ist unter dem Druck einerseits des Wettbewerbes, andererseits der Kaufschwäche der Konsumentenmassen bestenfalls nur zum Teil möglich.

Aber auch hieraus wieder ergibt sich die Notwendigkeit, daß „sich jeder mit einem Nutzen begnügt, der an der unteren Grenze der Wirtschaftlichkeit liegt".

Die französische Regierung gestürzt.

Pariser Kammerdebatte im Schutz von Polizei und Militär.

In der Französischen Kammer begann die mit größter Spannung erwartete Aussprache über die Finanzvorlage der Regierung Daladier, die bekanntlich zum Ausgleich des Defizits als Kernstück die seit langem erbittert umkämpfte Sonderbesteuerung der Beamtengehälter enthält.

Um unliebsamen Störungen durch die protestierenden Steuerzahler zuvorzukommen, wurde die Umgebung der Pariser Kammer in den „Belagerungszustand" versetzt. Die gesamte Pariser Polizei, Gendarmerie und Bürgergarde wurde mobilisiert.

Den ganzen Stadtteil in einem Umkreis von etwa einem halben Kilometer um die Kammer herum riegelte man ab. Bürgergarde zu Pferde nahm an den verschiedenen „strategischen" Punkten Aufstellung. Auf der Esplanade des Invalidendoms wurden 40 bis 50 mit Militär besetzte Lastkraftwagen zusammengezogen. Das Stadtviertel glich einem großen Heerlager. Vor dem Kammergebäude hatte ein Heer von Beamten in Uniform und Zivil Aufstellung genommen. Man mußte mehrere Sperrketten passieren, um bis an den Vorhof der Kammer zu gelangen. Über dem Ganzen kreiste ab und zu ein Polizeiflugzeug.

Proteste und Tumulte gegen die Geldforderungen der Regierung.

In der französischen Öffentlichkeit wächst die Opposition gegen die Finanzvorlage der Regierung von Tag zu Tag. Große Verbände fordern ihre Mitglieder zu Protestkundgebungen vor dem Pariser Parlamentsgebäude auf, in dem sich in diesen Tagen das Schicksal der Regierung Daladier entscheiden soll. In St. Etienne kam es in Gegenwart des französischen Staatspräsidenten Lebrun zu stürmischen Protesten der Steuerzahlerorganisationen; die Polizei mußte eingreifen, um dem Tumult ein Ende zu machen.

Bei aller Mißstimmung scheint es freilich, als wolle niemand zur Zeit die Verantwortung für eine offene Regierungskrise oder gar für einen Kabinettswechsel übernehmen. Es ist auch bezeichnend, daß kein französisches Blatt, keine Partei, keine Organisation den Mut aufbringt, das Kind beim rechten Namen zu nennen und die Einschränkung der ungeheuren, ständig wachsenden Rüstungsausgaben zu fordern, die bereits zu einem

Defizit von rund acht Milliarden im französischen Haushalt

geführt haben. Statt dessen hat die „nationale Opposition" einen neuen Hetzfeldzug gegen Deutschland eingeleitet, an dem sich führende Politiker in schärfster Form beteiligen. Sie sehen Frankreich durch die wiederholten feierlichen Friedenskundgebungen des Reichskanzlers Hitler und durch sein ehrliches Entgegenkommen gegenüber Frankreich vor aller Welt bloßgestellt und faseln nun, wie etwa der frühere Staatspräsident Millerand von dem „wütenden und tobenden Deutschland", das die Welt „mit Formeln und schönen Worten einschläfern" wolle, bezeichnen, wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Béranger, die deutschen Friedensbekenntnisse als „falsches Geläut" oder zetern wie der eingeschworene Deutschenfeind Franklin Bouillon, man solle endlich

die Akten über die angeblichen deutschen Vertragsverletzungen

veröffentlichen — ein Wunsch, den bekanntlich schon Daladiers Vorgänger auf dem Ministerpräsidentenstuhl, Herriot, trotz vielen Drängens nicht erfüllen konnte, weil dieses berühmte „Geheimdossier" gar nicht existiert.

Es wird in dieser Lage den Franzosen keine reine Freude sein, wenn sie lesen müssen, daß der englische Finanzsachverständige Sie Walter Layton, auf den sie noch während der beiden Haager Konferenzen die größten Stücke hielten, in der Londoner „News Chronicle" rundheraus schreibt, eine Nichterfüllung der deutschen Rechtsansprüche würde ein Verbrechen an der Zivilisation sein, man könne Hitlers Friedensbekundungen nicht einfach beiseiteschieben, und es hänge die Hoffnung der Welt davon ab, ob man mit dem friedlichen Deutschland zusammenarbeiten wolle.

Zu gleicher Zeit fordert der englische Oppositionsführer Lansbury, der eben erst dem Kabinett Macdonald bei einem weiteren Anschluß an die Gewaltpolitik Frankreichs den schärfsten Kampf angesagt hat, den Generalstreik der englischen Gewerkschaften gegen die Rüstungen.

Das dramatische Vorspiel.

Paris, 23. Oktober. Gleich nach Beginn der auf 21 Uhr 30 (Pariser Zeit) angesetzten Abendsitzung widmete sich die Kammer dem schwierigsten Artikel der ganzen Vorlage, der die Kürzung der Beamtengehälter vorsieht. Von sozialistischer Seite wurde ein Gegenvorschlg vertreten, der letzten Endes darauf hinauslief, diesen Artikel 37 fallen zu lassen und statt dessen die Amortisationskasse mit 1,5 Milliarden Franken zu belasten und in diesem Jahre die sonst übliche Tilgung der öffentlichen Schulden dafür auszusetzen. Der Finanzminister lehnte diesen Vorschlag aus technischen Gründen ab, da die Amortisierung ohnehin nur zum Schein vorgenommen werde. Der Antrag der Sozialisten wurde darauf mit 420 gegen 176 Stimmen abgelehnt. Mit fast ebenso großer Mehrheit wurde auch ein Antrag des rechtsgerichteten Abgeordneten Marin zurückgewiesen.

Darauf ergriff der Ministerpräsident das Wort, um den Standpunkt zu vertreten, daß der Artikel 37 entweder anzunehmen oder abzulehnen sei. Er wandte sich ferner gegen übertriebene Gerüchte über Gefahren, die dem Franken drohten. Der Franken sei und werde die sicherste Währung bleiben, wenn die Kammer das wolle. Wenn die Regierung stürzen sollte, so werde das Problem dadurch noch nicht gelöst sein. Der Ministerpräsident gab zu, daß die vorgesehenen Maßnahmen hart seien, unterstrich aber nochmals ihre Notwendigkeit, und zwar besonders um den Mittelstand zu sichern. In Italien und Deutschland habe es sich erwiesen, daß ein anderes Regime auftauche, sobald der Mittelstand nicht mehr gesund sei. Daher fordere die Regierung diese Steuern als eine Tat der französischen Brüderlichkeit und der nationalen Solidarität. Wenn diese Opfer nicht genehmigt werden sollten, würden schwerere Opfer nötig werden. Als Beispiel führte Daladier an, daß die Beamtengehälter in Deutschland seit 1930 um 18 vom Hundert gekürzt worden seien.

Im Anschluß an die Rede Daladiers fand innerhalb der sozialistischen Fraktion eine Abstimmung über den Vermittlungsvorschlag eines Radikalsozialisten, mit dem sich die Regierung mehr oder weniger einverstanden erklärt hatte, statt. Mit 55 gegen 45 Stimmen bei acht Enthaltungen wurde dieser Vermittelungsvorschlag von der Fraktion abgelehnt. Damit sind die Aussichten der Regierung für eine Verabschiedung des entscheidenden Artikels nach menschlichem Ermessen geschwunden. Die Kammer hat gegen Mitternacht eine neue kurze Unterbrechung eintreten lassen. Anschließend dürfte die entscheidende Abstimmung über den Artikel 37 erfolgen.

Mit 88 Stimmen in der Minderheit geblieben.

Paris. Bei der entscheidenden Abstimmung über den Artikel 37 der Finanzvorlage ist das Kabinett Daladier gestürzt worden. Das genaue Abstimmungsverhältnis betrug 329 zu 241 Stimmen. Von den Sozialdemokraten stimmten 29 für und 98 gegen die Regierung, 9 enthielten sich der Stimme. Als Nachfolger Daladiers wird der gegenwärtige Kolonial- und Kriegsmarineminister Sarraut genannt.

Deutschlands Recht in Amerika anerkannt.

Äußerungen amerikanischer Politiker.

Das Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Abgeordnetenhauses Fish (Newyork) erklärte: Da die Alliierten sich weigerten, ihre Rüstungen herabzusetzen, habe die Ehre Deutschland geboten, die Abrüstungskonferenz zu verlassen. Der Abgeordnete Fish fuhr dann fort:

„Es geht uns nichts an, welche Regierungsart Deutschland hat, und unser Berliner Botschafter sollte mehr Verständnis für die Regierungsform in dem Lande zeigen, in dem er akkreditiert ist. Falls er nichts Besseres weiß, muß er abberufen werden."

Der amerikanische Senator Schall von Minnesota betonte, daß Deutschland die Abrüstung anstrebe, während Frankreich den größten europäischen Goldkriegsschatz anhäufe. Hitler wolle den Frieden und nicht die Revanche, er kämpfe für die Selbsterhaltung des Reiches und sei daher

berechtigt, Rüstungsgleichheit für die Selbstverteidigung zu verlangen.

Das Staatsdepartement zittere angeblich vor den Folgen von Deutschlands Austritt aus der Abrüstungskonferenz; aber das hätte man sich zweckmäßigerweise vor dem 13. Oktober überlegen sollen, d. h. bevor Norman Davis die Vereinigten Staaten in die europäischen Verwicklungen hineingezogen habe.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF